№ 206. Morgenblatt.
Freitag, 4. Mai.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46. O. Str. Frankfurter Str. 87. SO. Kottbuser Straße 1. N. Müllerstraße 1a.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Act.-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1900. — 48. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich pränumerirt 4,50 M
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
„ nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Geldabholen aus der Expedition: Quart. 3,25 Mk., Monat 1,10 Mk., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten: pro Quartal 4,50 Mark, zweimonatlich 3 Mark, dritte Monat 1,50 Mark.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Zum Kampfe gegen die „Proletarier-Krankheit".

Der Staatssekretär Graf Posadowsky hat bei der Plenarberathung des jetzt einer Kommission vorliegenden Seuchenabwehrgesetzes die Einbringung eines Spezialgesetzes zur Bekämpfung der Tuberkulose in Aussicht gestellt. Offenbar hat er durch den Hinweis auf ein Spezialgesetz dem durchaus richtigen Gedanken Ausdruck geben wollen, daß die Tuberkulosebekämpfung nicht, wie es von verschiedenen Seiten im Reichstage angedeutet wurde, in das zur Berathung stehende Gesetz hineingehöre, sondern, wenn überhaupt, nur durch ein besonderes Gesetz geregelt werden könne.

Wenn überhaupt — denn uns will es scheinen, als ob die medizinische Praxis und Theorie noch keine festen Normen gefunden habe, um einer tief in das Gesellschaftsleben eingreifenden Gesetzgebung die Wege anzuweisen. Sofort nach der Entdeckung des Tuberkelbazillus war der Wahn allgemein, es bedürfe blos des Vernichtungskampfes gegen diesen Mikroorganismus, um die große Volkskrankheit dauernd zu beseitigen. Nur Virchow goß in den damals in Strömen fließenden Wein antiseptischer Begeisterung das Wasser kühler Ueberlegung, indem er einerseits auf die Unmöglichkeit hinwies, diesem nur einen Bruchtheil eines tausendtel Millimeters langen Krankheitserreger in alle feine Schlupfwinkel zu folgen und andererseits auf die Thatsache, daß die Anwesenheit von Tuberkelbazillen in der Luft noch bei weitem nicht ausreiche, um den Ausbruch der Tuberkelkrankheit zu bewirken. Und in der That giebt es Millionen von Menschen, die Jahre hindurch in einer an Tuberkelbazillen reichen Luft leben und dennoch nicht infizirt werden; erst unlängst wurde darauf hingewiesen, daß bei Ehepaaren, von denen der eine Theil tuberkulös ist, der andere Theil in 90 pCt. aller Fälle völlig gesund bleibt, während für die 10 pCt. der Erkrankungen nicht nothwendig die Infektion seitens des anderen Ehegatten als alleinige Ursache ausgesprochen werden darf.

Man hat sich daher dahin verständigt, daß zwar der Tuberkelbazillus zur Erkrankung an Tuberkulose nothwendig sei, daß aber diese Erkrankung nur da eintrete, wo eine „Disposition" dazu vorhanden sei. Damit ist in die Tuberkulosefrage ein Begriff eingeführt, der auch bei anderen Infektionskrankheiten eine bedeutsame Rolle spielt, der gewißlich in der medizinischen Theorie eine geeignete Grundlage der Forschung bildet, auch in der hygienischen Praxis schon zu mancherlei dankenswerthen Vorbeugungsmaßregeln Anlaß gegeben hat, aber für die Uebertragung aus dem Gebiete einer in dauernder Bewegung stehenden Wissenschaft auf die starren, schematischen und deshalb meist plumpen Formen eines Gesetzes noch viel zu dehnbar und unbestimmt erscheinen muß.

Der Kampf gegen die Tuberkulose zerfällt heute praktisch in zwei Theile: erstens in den Kampf gegen den Krankheitserreger, den Bazillus, und zweitens in den Kampf gegen die Krankheitsdisposition.

Mit dem Kampf gegen den Krankheitserreger verknüpft man nicht mehr so kühne Hoffnungen wie vor 18 Jahren, als Koch den Bazillus eben entdeckt hatte. Trotzdem führt man ihn unverdrossen weiter, wo man nur irgendwie die Möglichkeit sieht, einen Erfolg zu erreichen, der zu dem Aufwande an Mitteln in einem nicht zu argen Mißverhältniß steht. Diese Möglichkeit, Brutstätten des Tuberkelbazillus zu vernichten, wird aber immer skeptischer angesehen. Wohl kann man die Wohnstätten Tuberkulöser nach deren Tode desinfiziren, (was auch noch nicht ausreichend geschieht), ja man könnte auch ihre Effekten desinfiziren oder total vernichten, aber die Zeugestätte der Tuberkulose trüge der lebende, erkrankte Mensch in sich selbst herum, und gegen deren Schäden giebt es keinen Polizeischutz.

Die Gesetzgebung, die unmöglich alle tuberkulösen Menschen isoliren kann, ist also überhaupt nicht in der Lage, in den Kampf gegen den Tuberkelbacillus da einzugreifen, wo es am wirksamsten wäre.

Die Disposition zur Tuberkelkrankheit ist aber in einer Reihe von Umständen gegeben, die in gar keiner festen Beziehung zu den spezifischen Eigenschaften des Tuberkelbacillus stehen. Was Tuberkulose herbeiführen kann, kann ebenso gut auch Nervenleiden, Blutarmuth, Bleichsucht, Verdauungsstörungen, Hautkrankheiten, Geisteskrankheiten und anderes schaffen.

Schlechte Ernährung, schlechte Wohnungen, Sorgen, zu schwere Arbeit mit ihrem Gefolge von Unreinlichkeit, ferner Lüderlichkeit und Laster aller Art schaffen die Disposition für unendlich viele Krankheiten, unter denen freilich die Tuberkulose die bedeutungsvollste ist. Der Kampf gegen die Disposition zur Tuberkulose ist daher ein Kampf gegen die Disposition zu den verschiedenartigsten Krankheiten; dieser Kampf kann nur an den Quellen geführt werden, aus denen die Disposition stammt. Da ist es aber völlig unmöglich, mit einem umfassenden Gesetze alle die Materien zu behandeln, die dabei in Frage kommen.

Ein Reichswohnungsgesetz, das einem Jeden Luft und Licht in dem von der Hygiene erforderten Maße bietet und zugleich die Kasernirung des Menschengeschlechtes mildert; ein Arbeiterschutzgesetz, das die Schäden der Arbeitsstätte behebt und die Dauer der Arbeitszeit regelt bezw. verkürzt; eine Nahrungsmittelpolitik, sowohl gegen schädliche, als auch gegen zu theuere Nahrungsmittel gerichtet; eine Schulhygiene, die das heranwachsende Geschlecht vor der Verkümmerung des leiblichen Seins bewahrt und vor Allem eine den modernen Anschauungen entsprechende Volksbelehrung über das, was physisch zuträglich und nicht zuträglich ist, — das sind die großen Reformen, mit denen man der Bekämpfung der Tuberkulose gerecht werden könnte.

Die Fürsorge für tuberkulös Erkrankte von Reichswegen hat ja gewisse innere Beziehungen zu der Bekämpfung der Tuberkulose überhaupt, steht aber doch auf einem ganz anderen Blatt.

Will man 100 bis 150 Millionen von Reichswegen zum Bau von Sanatorien, Heilstätten, Inhalatorien ꝛc. bereitstellen, so wäre das für die Volksgesundheit von der segensreichsten Bedeutung.

Es ist aber bezeichnend für unsere Zustände, daß daran garnicht zu denken ist, so wenig, wie daran, daß man durch eine vorbeugende Sozialpolitik großen Stils die individuellen und sozialen Krankheitsherde vermindert!

Berlin, den 4. Mai 1900.

Die unvermeidlichen Unterpfand-Artikel haben sich im „Reichsanzeiger" wie in der „Nordd. Allg. Ztg." in auffälligem Sperrdruck prompt eingestellt aus Anlaß des heutigen Besuchs Franz Josephs in Berlin. Dieser Besuch sei, so wird offiziös ausgeführt, ein „Unterpfand" für die Fortexistenz des Dreibundes und somit des Friedens. Wir glauben an die offiziöse Hoffnungsfreudigkeit um so mehr, als die stetig und ständig gesteigerten Rüstungen einerseits der Dreibundmächte und andererseits der umliegenden europäischen Länder dafür bürgen, daß auch in Zukunft der Friede ein bis an die Zähne bewaffneter bleibt.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Graf v. Bülow, der gestern seinen 51. Geburtstag beging, erhielt von dem Kaiser einen Tafelaufsatz aus der Königlichen Porzellanmanufaktur zum Geschenk, ein Beweis, daß der Staatssekretär andauernd bei dem Kaiser in hoher Gunst steht und die Angriffe der alldeutschen Presse gegen den Grafen wegen Bülow's Politik in Sachen England nichts vermocht haben.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Lesung des **Gewerbe-Unfallgesetzes** fort, indem er den Umfang der Unfallentschädigung zu berathen begann (§§ 5a bis 7b). Die Paragraphen 5a bis 5f wurden in der Kommissionsfassung angenommen, unter Ablehnung der Abänderungsanträge, welche die Sozialdemokraten zu sämmtlichen Paragraphen gestellt hatten. Danach ist die dreizehnwöchige Karenzzeit beschlossen worden; die Sozialdemokraten wollen diese völlig streichen eventuell auf vier Wochen verkürzen, ferner die Rente für die ganze Dauer des Schadens gewährt wissen und die Höhe der Rente dem vollen Schadenersatz gleichgestellt sehen. Gegen Ende der Sitzung warfen die Abgeordneten Dr. Hitze (Zentr.) und Röricke (wildlib.) den Sozialdemokraten vor, sie schädigten durch ihre fortgesetzten Abänderungsanträge das Zustandekommen des Gesetzes. Die Abgeordneten Hoch und Stadthagen vertheidigten die Taktik ihrer Partei. Heute Fortsetzung der Berathung.

Im Abgeordnetenhause beschäftigte man sich gestern hauptsächlich mit **Gehaltsfragen von Eisenbahnbeamten.** Die Abgg. Schmidt-Warburg (Zentr.) und Dr. Krieger (Fr. Vp.) hatten beantragt, die diätarische Beschäftigung der in der Eisenbahnverwaltung beschäftigten Eisenbahnbau- und Betriebsinspektoren auf das Besoldungsdienstalter anzurechnen. Damit war ein Antrag des Abg. Dr. Krieger verbunden, Bauinspektorstellen in der allgemeinen Bauverwaltung zu errichten. Beide Anträge wurden angenommen, trotzdem sich der Minister v. Thielen energisch dagegen sträubte. Noch heftiger war der Widerstand des Eisenbahnministers gegen einen Antrag des Abgeordneten Prinzen Arenberg (Zentr.), die Gehälter der Eisenbahnbetriebssekretäre zu erhöhen. Das Haus vermied eine Entscheidung über diesen Gegenstand und vertagte sich darauf, voraussichtlich bis zum 14. Mai.

Zum Fleischbeschau-Kompromiß, wie es von der „Schles. Ztg." veröffentlicht worden ist, bemerkt die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.", nachdem sie den Bericht des Breslauer Blattes abgedruckt hat:

> Wir können vorstehenden Ausführungen nur beipflichten und im allseitigen Interesse nur wünschen, daß das Fleischbeschaugesetz auf der vorgeschlagenen neuen Grundlage zu Stande kommt.

Auch die „Kreuzztg." giebt dem Kompromiß mit folgenden Worten ihren Segen:

> Nach unserer früheren Stellungnahme bedarf es keiner besonderen Ausführung, daß und weshalb wir unter den obwaltenden Umständen trotz aller nicht unberechtigten Bedenken das Zustandekommen einer Verständigung im Sinne der vorliegenden Anträge für erwünscht halten.

Die konservative Reichstagsfraktion war gestern Abend zusammengetreten, um zu dem Kompromiß Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen, so vermuthet die „Korresp. Woth", dürften sicherlich dahin geführt haben, daß ein Ausgleich zwischen den beiden sich gegenüber stehenden Anschauungen in irgend einer Form gefunden werden wird. Es sei auch nicht ausgeschlossen, daß die vorliegende Fassung nach der einen oder anderen Seite gemildert werden wird. Was soll denn aus dem Kompromiß im agrarischen Sinne noch gemildert werden?

Der antisemitische Anti-Pökel-Flügel des Agrarierthums zieht gegen die Hofkonservativen in der bei ihm beliebten Manier zu Felde, indem er erklärt:

Die Argonauten.

Roman von Elise Orzeszko.

36)

Wieder hörte man ein Geräusch in einem Winkel des Zimmers, aber Niemand achtete darauf, denn während dieser Zeit schritt Darvid vor Ungeduld rasch im Zimmer auf und ab, indem er ärgerlich sprach:

„So rede doch endlich! Ich begreife nicht, was Deine Mutter eigentlich haben will. Ich lasse ihr die Stellung der Gattin, der Mutter und Hausfrau, sie ist von Wohlstand umgeben, glänzt in der Welt und genießt das Leben."

Irene blickte ihn mitleidig an.

„Gerade das ist es, was Mama nicht will! Gerade das, was Du für die höchste Wohlthat für sie hältst, ist ihr unerträglich. Sie will nicht die Achtung der Welt genießen, die sie ihrer Meinung nach nicht verdient; sie will nicht ein Vermögen genießen, das Du ihr bietest und das von Deiner Verachtung vergiftet ist. Mama will dieses Haus, überhaupt das Leben der großen Welt mit all' seinem Glanz und Luxus verlassen. Ich weiß das schon längst und hatte daher die Absicht, rasch zu heirathen und mit Mama zusammen von hier fortzugehen."

Darvid beherrschte seine Erregung; die Worte der Tochter wiesen darauf hin, daß sie sich der faktischen Seite der Angelegenheit näherte — Fakten aber erfordern Kaltblütigkeit.

„Wenn Du von Deiner Absicht reden willst, den Baron Blauendorff zu heirathen, so muß ich Dir sagen . . ."

„Es ist nicht nothwendig, davon zu reden, denn ich habe auf diese Absicht bereits verzichtet. In der That hat sie bestanden, allein ich habe jetzt etwas anderes im Auge. Papachen, Du besitzest ein kleines Erbgut in der Provinz. Ich möchte Dich bitten, Papa, es mir zu schenken, aber sofort. Ich weiß, daß Du mir eine zehnfach größere Mitgift geben würdest; ich verzichte auf die anderen neun Zehntel, bitte Dich aber von ganzem Herzen, mir dieses eine Zehntel zu schenken, und zwar so, daß ich es ohne Verzug erhalten kann. Ich bitte Dich, Papachen, um diese Gunst, von ganzem Herzen bitte ich Dich!"

Sie beugte sich zu dem Vater vor und richtete einen flehentlichen Blick auf ihn; in ihren Augen standen Thränen.

Darvid dachte eine Minute nach, dann antwortete er:

„Wenn diese Caprice mir auch unverständlich ist, so sehe ich darin doch nichts Unmögliches oder Schädliches. Im Gegentheil, es wird mir angenehm sein, Dir ein Vergnügen zu bereiten, und schon morgen werde ich Dich zur Eigenthümerin dieses langweiligen Gütchens machen. Allein, was willst Du damit beginnen, wozu brauchst Du es?"

Irene stand auf, umschritt rasch den Tisch, bückte sich ebenso rasch, ergriff die Hand des Vaters und küßte sie; dann kehrte sie auf ihren früheren Platz zurück und sagte:

„Ich danke Dir, Papachen, Du hast meinen heißesten Wunsch erfüllt. Das, was Du ein langweiliges Gütchen nennst, gerade das ist der Ort, den Mama sich wünscht . . . wir werden so schnell als möglich hinreisen und uns dort niederlassen."

„Was heißt das?" fragte Darvid, vor Erstaunen erstarrend, indem er sich mit dem ganzen Körper vorbeugte; allein gleich darauf sprach er mit völlig ruhiger Stimme:

„Ich komme zu der Ueberzeugung, daß ich, wenn ich mit meinen Kindern rede, über nichts verwundert sein darf . . . . ich muß auf jede Ueberraschung vorbereitet sein."

„Das ist ja ganz natürlich, Papachen, wir kennen einander doch fast gar nicht," unterbrach ihn Irene, dann fuhr sie fort:

„In ihren Gewissensbissen und anderen ähnlichen Gefühlen geht Mama bis zur Uebertreibung, bis zu dem Wunsche, irgend eine freiwillige Strafe zu ertragen! Wenn die Zeiten und die Verhältnisse andere wären, würde sie wahrscheinlich ins Kloster gehen und ein härenes Gewand tragen. Natürlich ist das Uebertreibung, aber was läßt sich machen, es giebt gewisse verschiedene Charaktere. Allein der Wunsch Mamas, sich von dem Leben der großen Welt zurückzuziehen, ist mir vollkommen verständlich, denn erstens . . . alle diese Ehren, dieser Luxus, all' das ist ja Unsinn, dahinter kommt Staub, Nichts . . ."

„O, Gott!" rief Darvid.

„Was sagst Du, Papa?"

„In Deinem Alter, bei der glänzenden Stellung, in der Du Dich seit Deiner Jugend befindest . . . und eine solche Enttäuschung!"

„Vielleicht ist diese glänzende Stellung die Ursache davon aber von mir ist ja nicht die Rede . . . Gerade infolge dessen, was Du Enttäuschung nennst, ward ich in Stand gesetzt, den Wunsch Mamas, sich aus der Welt zurückzuziehen, zu verstehen. Wenn ich an ihrer Stelle wäre, so wären mir diese Ehren und diese Zerstreuungen, dieser Glanz und Luxus ebenfalls unerträglich. Das hängt vom Charakter ab. Ich wiederhole, Mama vergißt keinen Augenblick, daß sie alle Bequemlichkeiten des Lebens von Dir erhält, Papa, wobei sie ebendrein mit Erniedrigung und der offenbaren Unmöglichkeit gewürzt sind, daß die Beziehungen zwischen euch sich je zum besseren wenden könnten. Das ist Gift . . . Darum habe ich mich entschlossen, Dich zu bitten, mir Krinicna zu schenken. Ich bin Deine Tochter, und so viel ich weiß, hast Du nicht die Absicht, mir die Mitgift zu entziehen. Wenn Du mir dieses Krinicna giebst, wird Mama bei mir wohnen und Alles nur von mir erhalten."

Irenens Stimme begann schwächer zu werden, sie hielt sich weniger grade, ihr ganzes Gesicht verrieth Erschöpfung; alles, was sie gesprochen hatte, hatte sie große Anstrengung und Seelenqual gekostet.

Darvid schwieg eine Zeit lang.

„Mir ist, als höre ich ein Märchen!" fing er endlich an. „Nehmen wir an, ich willige in die Verwirklichung Deines Wunsches ein, was werdet Ihr dort machen? Was wirst Du dort machen?"

„Ich weiß noch nicht recht . . . Es ist Mamas Idee, ihr leidenschaftlicher Wunsch — sie wird etwas ausdenken und es mich lehren. Wir werden uns umsehen. Außer der Ruhe, dem stillen Leben hat Mama auch die Arbeit im Auge."

Ihre Stimme war vor Ermüdung sehr leise geworden.

„Also eine Idylle!" lachte Darvid spöttisch.

„Ja, Papachen, ich habe über alles Idyllische gelacht und ahnte nicht, daß auch in mir so etwas lebt. Das aber hat mich vor vielem Furchtbaren gerettet . . . Ja, auch ich habe meine Idylle — ich liebe Mama leidenschaftlich."

In diesem Augenblicke zitterten ihre feinen Lippen, die in der Gesellschaft wegen ihrer vorzeitigen und beißenden Ironie berühmt waren, wie bei einem Kinde, das zu weinen anfangen will.

Darvid machte eine ungeduldige Bewegung.

„Warum?" fragte er zwischen den Zähnen.

Sie schlug die traurigen Augen zu ihm auf und sagte in

Neu eintretende Abonnenten erhalten den bereits erschienenen Teil dieses Romans auf Wunsch unentgeltlich nachgeliefert.

„Der Umstand, daß gerade die ostpreußischen Grafen Mirbach und Klinckowstrom so eifrig für ein Zurückweichen vor dem Manchesterthum in Sachen Fleischbeschau eintreten, wird gegenwärtig in den Kreisen der Gesellschaft viel besprochen und viel gedeutet. Man erinnert daran, daß die genannten Herren zu den **Ausgeladenen von Anno 1895** gehörten, zu jenen Herren, die kurzer Hand von der Liste der Theilnehmer am Kaiserdiner im königlichen Schlosse zu Königsberg i. Pr. gestrichen wurden. Bekanntlich erfolgte diese Streichung erst im letzten Augenblick, und zwar so plötzlich, daß einer der Ausgeladenen die Karpfen und Forellen nicht mehr zurückziehen konnte, die er bereits für die Hofküche abgesandt hatte.

Böse Zungen wollen nun behaupten, die Kompromittirtheit bei den ostpreußischen Magnaten wäre deshalb so groß, weil man fürchtete, daß andernfalls bei dem **Krönungsfest**, das trotz aller Dementis doch im **Januar 1901** zu Königsberg i. Pr. stattfinden soll, wieder solche Ausladungen vorkommen können. Wir gehen in unseren Schlußfolgerungen so weit nicht, halten es immerhin aber für nützlich, wenn man auch in wirthschaftlichen Fragen die Geschichte zur Lehrmeisterin macht."

Daß ein gewisser Theil des Agrarierthums zu solchen persönlichen Verdächtigungen greift, ist für ihn charakteristisch. Die Fleischvergiftungsfrucht scheint dem, der davon befallen ist, jedes Mittel zum Ziel als recht erscheinen zu lassen.

Intervention im Burenkriege? Aus Köln meldet uns ein Privattelegramm:

Der Beziehungen zum Dr. Leyds unterhaltende Brüsseler Vertreter der „Rheinisch-Westf. Zeitung" telegraphirt seinem Blatte aus Amerika, dort eingetroffene Depeschen versicherten, daß nicht nur eine bescheidene Vermittelung, sondern eine **ganz energische Dazwischenkunft** zu erwarten stehe, besonders das deutsche Element scheine seine burenfreundliche Gesinnung nachdrücklich zeigen zu wollen. Die Burenfrage bilde einen mächtigen Faktor in der politischen Bewegung Amerikas. Die Präsidentschaftswahl werde entschieden durch sie beeinflußt, die Kandidaten haben sich wohl oder übel mit ihr abzufinden.

Als Engländerfreund dagegen soll sich nach einem Bericht der Londoner „Daily Expreß" der König Oskar von Schweden entpuppt haben, der jetzt in England weilt. Er soll Englands Sache für gerecht erklärt haben, weil die Briten besser geeignet sind, zu kolonisiren. — Ein schwacher Trost für England.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Feldmarschall Lord Roberts telegraphirt, daß General Jan Hamilton am 1. Mai einen „beträchtlichen Erfolg" gehabt und den Feind mit einem „verhältnißmäßig kleinen Verlust" aus einer starken Stellung bei Houtnek vertrieben habe. Die Buren hätten sich ostwärts und nordwärts zerstreut. Die Engländer hätten 26 Gefangene gemacht, unter denen ein Kommandant und sechzehn verwundete Buren sich befänden. Hamilton befinde sich jetzt in Jakobsrust, wo er sich einen Tag aufhalte, um seine Truppen nach dem siebentägigen Kampfe (!) ausruhen zu lassen. Wie der Feind zugesteht, habe er zwölf Todte und vierzig Verwundete gehabt, von denen einundzwanzig dem Ausländerkorps angehörten. Der russische Kommandeur des Ausländerkorps, Maximow, sei verwundet. Unter den Todten befindet sich angeblich ein deutscher Leutnant Namens Günther und zwei Franzosen.

— Das **Staatsministerium** trat gestern Nachmittag 3 Uhr unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen.

— Der deutsche Botschafter am Wiener Hofe, Fürst **Philipp Eulenburg**, ist in Berlin angekommen. Fürst Eulenburg ist eingeladen worden, an den Hoffestlichkeiten aus Anlaß der Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen theilzunehmen.

— Der General der Infanterie **v. Kummer**, bekannt als Führer der 3. Reservedivision, der Division Kummer im Kriege 1870/71, ist gestern in Hannover im Alter von 84 Jahren gestorben.

— Nach einer der „Voss. Ztg." zugehenden Mittheilung aus **Kiel** beabsichtigt es sich, daß eine von deutschen Werften gegründete Gesellschaft mit beschränkter Haftung am Audorfer See ein großes **Eisenwerk für Schiffsbaumaterialien** anlegen will. Es heißt jetzt aber, daß zunächst Stahlschiffsplanken und später Formeisen für Schiffsbauzwecke hergestellt werden sollen.

— Heute Nachmittag um **1 Uhr** wird im **Reichsschatzamt** eine **Konferenz** abgehalten werden. In dieser soll die Frage des **Fracht- und Personenverkehrs zur See** erörtert werden. An der Konferenz werden verschiedene Fachmänner theilnehmen.

— Die **Eisenbahnbureaudiätare** sollen — einem Erlaß des Eisenbahnministers zufolge — jetzt allmählich in Sekretärstellen einrücken.

Budapest, 3. Mai. **Abgeordnetenhaus.** Ministerpräsident **von Szell** hielt eine Ansprache, worin er in seinem Namen, wie in dem der gesammten Regierung dem Genius des dahingeschiedenen Malers **Munkacsy** huldigt. Szell fügte hinzu, daß morgen der Unterrichtsminister bezüglich der **Beerdigung Munkacsy's auf Staatskosten** seine Anträge stellen werde.

Das Haus beginnt sodann die Berathung der Vorlage bezüglich der Zwischenlösung des mit Deutschland abgeschlossenen Vertrages über den wechselseitigen Schutz des Urheberrechts. Justizminister **Plósz** erklärt es für eine Pflicht internationaler Höflichkeit, dem ausländischen Eigenthum denselben Schutz angedeihen zu lassen, wie dem inländischen. Infolge Beschlußunfähigkeit des Hauses wird die Abstimmung auf morgen vertagt.

Deutscher Reichstag.

185. Sitzung vom 3. Mai.

Eröffnung 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths Graf Posadowsky.

Das Haus ist nahezu leer.

Die zweite Berathung der neuen Unfallversicherungsgesetze wird mit § 5a des **Gewerbeunfallgesetzes** fortgesetzt.

Die §§ 5a bis 7d setzen den Umfang der Unfallentschädigung fest, die nach Ablauf der dreizehnwöchigen Karenzzeit, also vom Beginn der vierzehnten Woche ab gewährt wird.

Abg. **Frhr. v. Stumm** (Rpt.) beantragt, daß die im Entwurf von der Kommission im § 5a vorgesehene Erhöhung der Rente bis zu 100 pCt. des Jahresverdienstes für den Fall völliger Hilflosigkeit des Verletzten nicht, wie sie die Kommission beschlossen, obligatorisch, sondern nur fakultativ gemacht werden soll.

Abg. Dr. **Oppersdorff** (Ztr.) empfiehlt den Kommissionsbeschluß aus Gründen der Billigkeit und Gerechtigkeit.

Abg. **Dr. Lehr** (nl.) bittet gleichfalls, es bei dem Kommissionsbeschluß zu belassen.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) begründet den folgenden von seiner Partei eingebrachten Antrag, prinzipialiter die Karenzzeit von dreizehn Wochen völlig zu streichen, eventuell die dreizehnwöchige durch eine vierwöchige zu ersetzen. Ferner wollen die Sozialdemokraten die Rente nicht nur für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit, sondern für die ganze Dauer des Schadens gewährt wissen. Auch soll die Höhe der Rente nach den entsprechenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches festgesetzt werden, das heißt in Höhe des vollen Schadenersatzes. Eventuell beantragen sie, statt 66⅔ pCt. des Jahresverdienstes 100 pCt. zu gewähren. Sollte auch das abgelehnt werden, so sollten die bewilligten 66⅔ pCt. nicht Vollrente, sondern „Arbeiterrente" genannt werden. Auch wollen sie, daß die Auszahlung der Rente nicht nur im Falle der Erwerbsunfähigkeit schlechthin, sondern bereits im Falle der Erwerbsunfähigkeit in dem speziellen Beruf des Verunglückten erfolge. Sie beantragen ferner, daß bei Bemessung des Grades der Erwerbsunfähigkeit auch auf die Erschwerung in dem früheren Beruf Arbeit zu finden, Rücksicht genommen werden soll. Endlich wollen sie den Umstand, daß der Verletzte aus Anlaß des Unfalls thatsächlich und unverschuldet arbeitslos ist, völliger Erwerbsunfähigkeit gleichgestellt wissen. Eventuell soll die fakultative Bestimmung, daß, so lange der Verletzte aus Anlaß des Unfalls arbeitslos ist, der Genossenschaftsvorstand die Theilrente bis zum Betrage der Vollrente vorübergehend erhöhen kann, in die obligatorische verwandelt werden: daß er sie dann erhöhen muß. Zu seiner Begründung weist Redner auf den Umstand hin, daß die Krankenkassen nur für die Dauer der Krankheit eine Unterstützung gewähren. Dieser Umstand mache die Abschaffung oder zum mindesten die Herabsetzung der Karenzzeit nothwendig. Den Antrag Stumm bittet Redner abzulehnen, doch hofft er, daß Herr v. Stumm für die sozialdemokratischen Anträge stimmen werde.

Abg. **Rösicke**-Dessau (wildlib.) befürwortet an sich die von den Sozialdemokraten beantragte Verkürzung der Karenzzeit. Er meint, auch die Berufsgenossenschaften könnten sich ganz gut damit zufrieden geben, wenn sie nur von dem § 76c des Krankenkassengesetzes (Uebernahme des Heilverfahrens) mehr Gebrauch machen wollten. Indessen: Wenn die verbündeten Regierungen diese Verkürzung für unannehmbar erklärten, so frage es sich, ob man diese große Reform, die so bedeutende Verbesserungen den Arbeitern bringe, scheitern lassen solle an dieser Eingelfrage. Redner bittet sodann um Ablehnung des Antrags Stumm, der einen der wohlthätigsten Beschlüsse der Kommission wieder beseitigen wolle. Er hoffe, daß der Reichstag mit großer Majorität den Kommissionsbeschlüssen beitreten werde.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Frhrn. **v. Stumm** (Rpt.) und des Abg. **Molkenbuhr** (Soz.d.), die beide noch je drei bezw. zwei Mal für ihre Anträge eintreten, wird § 5a unter Ablehnung sämmtlicher Abänderungsanträge in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

§ 5b regelt die Feststellung der Höhe der Unfallrente auf Grund des Jahresarbeitsverdienstes. Uebersteigt dieser 1500 Mark, so soll der überschießende Betrag nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommen.

Von sozialdemokratischer Seite ist beantragt, diesen letzten Satz zu streichen. Weitere Anträge der Sozialdemokraten gehen darauf hinaus, die Unfallrente derjenigen Personen, die keinen Lohn oder einen geringeren als den festgestellten ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher erwachsener Tagelöhner beziehen, sowie die Unfallrente von Personen mit nicht beendeter Ausbildung zu erhöhen.

Abg. **Hoch** (Soziald.) begründet diese Anträge.

Abg. **Fischbeck** (Fr. Vpt.) erklärt die Fassung der Kommission bezüglich der 1500 M. für einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den früheren 1200 M. Durch diese Fassung wird schon eine erhebliche Besserstellung der Verletzten erreicht. Die Mehrbelastung der Berufsgenossenschaften beträgt 9,2 pCt.; trotzdem hat die Kommission dieser Mehrbelastung gegenüber ihren Beschluß gefaßt. Hinsichtlich der jugendlichen Arbeiter sind meine Freunde bereit, den Wünschen des sozialdemokratischen Antrages entgegenzukommen. Redner bittet, über die einzelnen Punkte des sozialdemokratischen Antrages getrennt abzustimmen.

Geheimrath **Caspar** bittet, die sozialdemokratischen Anträge abzulehnen.

Abg. Dr. **Hitze** (Ztr.) äußert sich zustimmend bezüglich des die jugendlichen Arbeiter betreffenden Antrages der Sozialdemokraten, tritt aber im Uebrigen für die Kommissionsfassung ein. Das gleiche Resultat, welches durch den sozialdemokratischen Antrag erreicht werden solle, könne man auch durch Streichung des zweiten Satzes des Absatz 4 erzielen, welcher die Stellung des jugendlichen Arbeiters präzisirt.

Abg. **Fischer**-Sachsen (Soz.) empfiehlt den Theil des sozialdemokratischen Antrages, der die Gleichstellung des jugendlichen Arbeiters mit den erwachsenen Arbeitern bezweckt.

Abg. **v. Waldow und Reitzenstein** (kons.) tritt für die Kommissionsfassung ein und bittet, die sozialdemokratischen Anträge ausnahmslos abzulehnen. Es sei unlogisch, bei der Feststellung der Unfallrenten Minderjähriger einen anderen als den wirklichen Arbeitsverdienst zu Grunde zu legen.

Abg. **Hoffmann**-Dillenburg (natl.) äußert sich in gleichem Sinne wie der Abg. Dr. Hitze.

Hierauf wird der § 5b in der Kommissionsfassung unter Streichung des zweiten Satzes des Absatz 4 und unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge angenommen. Bei der Berechnung der Unfallrenten von jugendlichen Personen, unter 16 Jahren soll demnächst das dreihundertfache des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter zu Grunde gelegt werden.

Nach § 5c sollen die Berufsgenossenschaft, desgleichen auch die Knappschaftskassen, befugt sein, der Krankenkasse, welcher der Verletzte angehört, die Fürsorge für den Verletzten über den Beginn der vierzehnten Woche hinaus zu übertragen. Verletzte Personen, die auf solche Veranlassung in einer Heilanstalt untergebracht sind, dürfen während des Heilverfahrens in andere Heilanstalten nur mit ihrer Zustimmung überführt werden. Diese Zustimmung kann durch die untere Verwaltungsbehörde des Aufenthaltsortes ergänzt werden.

Die Sozialdemokraten beantragen, die vierzehnwöchige Karenzzeit auf die Dauer von fünf Wochen herabzusetzen und den vorstehend gesperrt gedruckten Satz zu streichen.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) begründet den Antrag.

Abg. **Hilbck** (nat.-lib.) bittet, die Knappschaftskassen aus dem § 5c auszuschließen und beantragt Streichung des betreffenden Satzes.

Geh. Rath **Caspar** bittet, die gestellten Anträge abzulehnen und es bei der Fassung der Vorlage zu belassen.

§ 5c wird unverändert unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags und des Antrags Hilbck angenommen.

§ 5d bestimmt, daß das Krankengeld, welches den Verunglückten auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes vom Beginn der 5. Woche nach dem Unfall bis zum Ablauf der 13. Woche gewährt wird, auf mindestens zwei Drittel des Arbeitslohnes zu bemessen ist.

Abg. **Fischer**-Sachsen (Soz.) beantragt, daß dies Krankengeld keinesfalls weniger als 1,50 M. betragen dürfe.

Der Antrag wird abgelehnt, § 5d angenommen.

§ 5e bestimmt: Wenn der Anspruch auf Krankengeld vor dem Ablauf der 13 Wochen Karenzzeit weggefallen, bei dem Verletzten aber eine noch über die 13. Woche hinaus andauernde Beschränkung der Erwerbsfähigkeit zurückgeblieben ist, so hat die Berufsgenossenschaft die Unfallrente von dem Tage ab zu zahlen, an dem der Anspruch auf Krankengeld in Wegfall kommt.

Abg. **Hoch** (Soz.d.) beantragt, daß dies schon zu geschehen habe, wenn überhaupt eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit zurückgeblieben ist, mag sie auch nicht über die 13. Woche hinaus andauern.

Abg. **Rösicke**-Dessau (wildlib.) erklärt, er würde an sich auch gern für Verbesserungen des Gesetzes, wie die vorgeschlagenen, eintreten. Aber es sei zu befürchten, daß durch fortgesetzte Abänderungsanträge das ganze Gesetz unter den Tisch falle. Und das könne ein Volksvertreter im Interesse der Arbeiter nicht verantworten, denen die Vorlage zahlreiche Vortheile bringe.

Abg. **Hoch** (Soz.) betont, daß die Sozialdemokraten mit ihren Verbesserungsvorschlägen ruhig und überlegt vorgingen; das Haus sollte das durch einstimmige Annahme ihrer Anträge anerkennen. (Lachen rechts.)

Abg. Dr. **Hitze** (Ztr.) erwidert, die Sozialdemokraten stellten rücksichtslos Anträge, und wenn das Gesetz auch darüber scheiterte. Seine Freunde handelten anders; sie seien vor allem bestrebt, das Gesetz nicht an dem Widerstand der Regierung scheitern zu lassen.

Abg. **Hoch** (Soz.) meint, dieser Widerstand der Regierung könnte durch die Charakterfestigkeit der Abgeordneten gebrochen werden. (Lachen im Zentrum.)

Abg. **Rösicke** (wildlib.) wirft gleichfalls den Sozialdemokraten vor, daß sie keine praktische Politik trieben. 1895 hätten sie viel gemäßigtere Anträge gestellt. Warum sie das heute nicht ihnen? Sie sollten im Interesse der Arbeiter die Hoffnungen gewisser Kreise auf Nichtzustandekommen des Gesetzes zum Scheitern bringen.

Nach einer Erwiderung des Abg. **Stadthagen** (Soz.) wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt; § 5e wird so, wie ihn die Kommission gefaßt, angenommen, ebenso § 5f debattelos.

Die Weiterberathung wird hierauf auf Freitag 2 Uhr vertagt.

Schluß 5½ Uhr.

---

einem Tone, aus dem die schmeichelnden Laute der Stimme ihrer Mutter klangen.

„Ich weiß nicht, ob man die Frage, warum man liebt, überhaupt beantworten kann. Mama war immer sehr gut ... übrigens, vielleicht, weil wir stets beisammen waren ... wer weiß, vielleicht auch deshalb, weil ich mehr als einmal sah, daß sie unglücklich war ... Du siehst, Papachen, ich spreche mit Dir ganz aufrichtig, beantworte Deine Fragen, so gut ich kann. Ich beschwöre Dich — um Mamas Leiden, um meinetwillen — tritt unserer Absicht nicht entgegen!"

Darvid blieb inmitten des Zimmers stehen; er hob den Kopf und seine Augen leuchteten in stählernem Glanz.

„Nein", sagte er, „nie werde ich zugeben, daß meine Tochter sich in irgend einem Winkel vergräbt, blos weil es ihrer Mutter einfällt, dort ihre Schande zu verstecken!"

„Ich muß Dich benachrichtigen, Papa, daß Dein Widerstand dazu führen kann, daß unsere Abreise schärfere und für Dich unangenehmere Formen annehmen kann."

(Fortsetzung folgt.)

Theater des Westens. Für die nächste Wintersaison sind vom Direktor Hofpauer wieder engagirt: außer den Herren Oberregisseur Felix Ehrl und Kapellmeister Bertrand Sänger, die Herren Hermann Steffens, Emerich und Eduard Walter, Martin Pfüller, Max Gillmann und Otto Nowack, ferner die Damen Frl. Brackenhammer, Gorzi, Detisch und Unisch. Als neu engagirt werden in den Verband des Theaters des Westens treten: der Barytonist Gustav Waschow und dessen Gattin, der Tenorist Carl Meyer von Brünn, der sprechende Baß Herr Albin Günther vom Hoftheater in Stuttgart, Frl. Elsa Salvi vom Hoftheater in Dresden und Frl. Hedwig Hübsch vom Düsseldorfer Stadttheater.

Aus Petersburg wird gemeldet: Der Marinemaler Aiwasowski ist gestern im 83. Lebensjahre auf seinem Landgute bei Theodosia in der Krim gestorben. Der Tod hat ihn also da aus dem Leben gerissen, wo einst seine Wiege stand. Aiwasowski hatte auf der Petersburger Akademie seine künstlerische Ausbildung erhalten und war dann auf einer italienischen Studienreise in Neapel längere Zeit zurückgehalten worden, wo er die Schönheit des Golfs und der Insel Capri in wechselnder Beleuchtung zu schildern versuchte. Diese Bilder begründeten seinen Ruf als Marinemaler. Später verfiel er in eine dekorative Manier, und seine Gemälde, die während der letzten Jahrzehnte in Deutschland ausgestellt wurden, waren in grellen, der Natur widersprechenden Farben gehalten und ließen das Haschen nach groben Effekten erkennen.

Goldbergbau in China. Wie sehr die Russen den nordöstlichen Theil von China, die Mandschurei, als ihr wirthschaftliches Eigenthum betrachten, geht aus den Unternehmungen hervor, die von russischer Seite zur Ausnutzung von Goldlagern in diesem Gebiete geschaffen worden sind. Seit dem vorigen Sommer hat sich der Bergbau in dem Bereich des Flusses Sungari zu beträchtlicher Höhe entwickelt. Es sind jetzt bereits zwei russische Kolonien in den Sungarübergen ausschließlich mit Goldgewinnung beschäftigt. Das Gebirge ist nicht nur reich an Goldsand, sondern enthält auch ungeheure Schätze an Kohle und Naphtha, so daß für den russischen Unternehmungsgeist sich vielversprechende Aussichten eröffnen. Außerdem haben die Russen einen bedeutenden und vorläufig auch sehr ertragreichen Bergbau im Gebiete der Djungarei in Angriff genommen. Es ist etwa ein Jahr vergangen, seit ein Goldgräber aus Semipalatinsk Namens Moskinin nach der Djungarei kam und mit den chinesischen Lokalbehörden ein Uebereinkommen bezüglich der Uebernahme von Goldgrabereien erzielte. Es wurden sachverständige russische Arbeiter in Orenburg und im Altai-Gebirge gedungen, die nöthigen, in China bis dahin ganz unbekannten Bergbaumaschinen beschafft, und nun eine Gewinnung von Gold nach europäischem Muster begonnen. Im Thale des Schagun-Flusses sollen Millionen Pud goldhaltiger Erde auf der Oberfläche des Bodens liegen, die vor vielen Jahren einmal umgegraben und seither nicht mehr berührt wurde. Die Chinesen pflegten diese goldhaltige Erde früher nur mit den Händen zu bearbeiten. Der Gewinn des russischen Bergbaues in diesem Gebiete ist vorläufig sehr groß und es bleibt nur abzuwarten, wie lange die goldhaltige Erde vorhalten wird.

Literarisches.

Badische Landtagsgeschichte. Erster Theil: Der Anfang des landständischen Lebens im Jahre 1819. Von Leonhard Müller. Berlin 1900. Verlag von Rosenbaum und Hart. Den Anfang des badischen Parlamentarismus, die Geschichte des Landtages von 1819 führt uns der Verfasser auf Grund des einschlägigen Quellenmaterials in anregender Darstellung vor. Er macht uns mit den beiden Helden des ersten badischen Landtages, Ludwig von Liebenstein und Karl von Rotteck bekannt; von der Verfassungsverkündigung führt er uns zu den Wahlen; wir sehen den Landtag sich konstituiren; ein eingehendes Bild seines Arbeitspensums wird uns entrollt; wir sehen, wie die Reaktion unter Führung des Ministers v. Berstett ihre Wühlarbeit beginnt, wie es ihr gelingt, das Adelsedikt in die Verfassung einzuschwärzen, und wie schließlich der Landtag von dem unguädigen Großherzog vertagt wird. Alle Arbeit, aller Fleiß des ersten badischen Landtages war umsonst gewesen. Das Buch bildet einen sehr schätzenswerthen Beitrag zur Geschichte Badens, zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus wie zur deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert überhaupt. Es kann jedem Geschichtsforschende nur empfohlen werden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Es folgt die Berathung des Antrags Schmidt-Warburg (Ztr.) und Dr. Krieger (Frs. Vpt.) betr. die Anrechnung diätarischer Beschäftigung auf das Besoldungsdienstalter der in der Eisenbahnverwaltung beschäftigten Eisenbahnbau- und Betriebsinspektoren und Maschinenbauinspektoren. Mit der Berathung hierüber wird der Antrag der Abgg. Dr. Krieger und Genossen betreffend die Errichtung von Bauinspektorstellen in der allgemeinen Bauverwaltung verbunden.

Abg. **Krahwinkel** (nl.) beantragt, die Anträge der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Geheimrath **Belian** erklärt, daß die Regierung sich dem Antrag Schmidt-Warburg und Dr. Krieger gegenüber ablehnend verhalte.

Abg. **Schmidt-Warburg** (Ztr.) bemerkt, er würde gern seinen Antrag zurückziehen, wenn der Minister das Versprechen abgeben würde, daß die betreffenden Beamten nach 5jähriger diätarischer Beschäftigung etatsmäßig angestellt würden.

Abg. **Macco** (natl.) tritt für die Anträge ein. Es verrathe keinen weiten Blick der Finanzverwaltung, daß sie sich so engherzig verhalte gegenüber den Beamten der Bauverwaltung in einer Zeit, wo diesen Beamten so große kulturellen Aufgaben gestellt seien.

Minister **v. Thielen** tritt der Auffassung entgegen, als ob zu wenig Baubeamte vorhanden seien. Das Gegentheil sei der Fall. Technische Arbeiten würden von Technikern verrichtet. Dagegen würden die administrativen Angelegenheiten von den dazu vorgebildeten Beamten besorgt, und von dieser Entheilung werde er, der Minister, nicht abgehen.

Abg. Dr. **Krieger** (Freis. Vpt.) legt eingehend dar, daß eine Vermehrung der Bauinspektorstellen in der Bauverwaltung erforderlich sei und führt Klage darüber, daß die Techniker in der Besetzung der höheren Stellen gegenüber den Juristen benachtheiligt seien. Man möge endlich den Technikern die ihnen gebührende Anerkennung zu Theil werden lassen dadurch, daß man ihnen die höheren Stellen in der Bauverwaltung nicht verschließt.

Minister **v. Thielen** hält eine Vermehrung der Bauinspektorstellen nicht für nöthig. Von den 415 Bauinspektoren würden nur 280 im Staatsdienst beschäftigt. Die übrigen seien beurlaubt zu anderen Ressorts, zum Privatdienst u. s. w. Die beiden vorliegenden Anträge seien für die Regierung unannehmbar.

Unterstaatssekretär **Lehnert** schließt sich namens des Finanzministeriums der letzten Erklärung des Ministers an.

Abg. **Dr. Arendt** (ftl.) erklärt sich gegen den Antrag Krieger und für den Antrag Schmidt-Warburg, ebenso Abg. **Felisch** (f.)

Nach einer weiteren Auseinandersetzung zwischen dem Minister **v. Thielen** und dem Abg. **Dr. Krieger** über die Vermehrung der Stellen in der Bauverwaltung werden beide Anträge angenommen.

Es folgt die Berathung des Antrags des Abg. Prinz Arenberg (Ztr.) und Gen. betreffend die Erhöhung des Gehalts der Eisenbahnbetriebssekretäre in Verbindung mit den denselben Gegenstand betreffenden Petitionen von Eisenbahnbetriebssekretären.

Die Budgetkommission hat **Ablehnung des Antrages** empfohlen.

Abg. **v. Pappenheim** (kons.) bittet um Annahme des Kommissionsantrages wegen der für andere Beamtenklassen sich ergebenden Konsequenzen.

Minister **v. Thielen**: Die Regierung steht auf dem auch von der Mehrheit des Landtags gebilligten Standpunkt, daß die Frage der Aufbesserung der Beamtenbesoldungen für absehbare Zeit abgeschlossen ist. Es ist zur Verbesserung der Lage der Beamten in den letzten Jahren so viel geschehen wie nie zuvor, und das in einer Zeit, wo der Mittelstand in Stadt und Land allgemein darüber klagt, daß seine wirthschaftlichen Verhältnisse zurückgehen. Dem gegenüber ist die Lage der Staatsbeamten in Bezug auf Höhe und Sicherheit des Einkommens geradezu eine bevorzugte. (Sehr richtig! rechts.) Die Eisenbahnbeamten haben durch die Besoldungserhöhung 35 Millionen Mark mehr bekommen. Im Durchschnitt kommen auf den Kopf 270 M. mehr. Deshalb sollte man meinen, daß eine Beruhigung unter den Beamten eintreten würde. Aber das Gegentheil ist der Fall. In der Presse wird unaufhörlich agitirt für eine weitere Aufbesserung der Gehälter. Die Zahl der Petitionen ist außerordentlich groß. In den Parlamenten haben sich bereits Spezialanwälte für diese Bestrebungen gefunden. Ich würde meine Pflicht als Staatsminister auf das gröblichste verletzen, wenn ich allen diesen Wünschen nachkommen wollte. Das würde das Ende einer gesunden Finanzwirthschaft sein, denn es würde einen Aufwand von über 36 Millionen erheischen. Und auch damit würde die Sache noch nicht zu Ende kommen. Redner empfiehlt Annahme des Kommissionsbeschlusses und Ablehnung des Antrags Arenberg. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Reich** (freikons.) erklärt sich für den Antrag Arenberg. Bei der letzten Gehaltsaufbesserung sei ausdrücklich in Aussicht gestellt worden, gewisse Härten einzelner Beamtenklassen auszugleichen. Der Redner beantragt, die Petitionen zur Erwägung zu überweisen.

Geheimrath **Belian** bittet um Ablehnung des Antrages des Prinzen Arenberg. Es müsse endlich einmal Ruhe eintreten unter den Beamten.

Darauf vertagt sich das Haus.

Präsident **v. Kröcher** erbittet vom Hause die Ermächtigung, die nächste Sitzung anzusetzen, wenn aus den Kommissionen genügender Stoff vorliege. Das würde nicht früher geschehen, als etwa Montag, den 14. Mai.

Sodann erbittet und erhält der Präsident die Ermächtigung des Hauses, dem Kaiser und der Kaiserin, sowie dem Kronprinzen die Glückwünsche des Hauses zur Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen zu übermitteln.

Schluß 4 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

, In der **Reichstagskommission** zur Berathung der **Seemannsordnung** wurde gestern zu § 25 beschlossen, daß der Heuervertrag, im Gegensatz zu dem Entwurf, schriftlich abgefaßt sein muß. Sodann wurde die Frage erörtert, inwieweit die Vorschriften der Seemannsordnung der Privatdisposition bei Abschluß des Heuervertrages entzogen sind. Es wurde hier folgende Aenderung gegenüber der Vorlage beschlossen, indem die Absätze 2—4 des § 25 durch folgende Vorschriften ersetzt wurden: „Die Vorschriften der Seemannsordnung sind, soweit nicht eine anderweitige Vereinbarung ausdrücklich zugelassen ist, der Abänderung durch den Vertrag entzogen. Aufkündigungsfristen und sonstige die Lösung des Heuervertrages betreffende Zeitbestimmungen müssen für beide vertragschließende Theile gleich sein. Entgegenstehende Vereinbarungen sind nichtig." Sodann wurden die früher zurückgestellten §§ 12 und 16 ohne wesentliche Aenderungen angenommen.

, In der XIII. **Reichstagskommission** erfolgte gestern die Feststellung des Berichts über das **Bau-Unfallversicherungsgesetz** ohne Debatte. Beim **See-Unfallversicherungsgesetz** fand theilweise eine zweite Lesung statt. Ein sozialdemokratischer Antrag zum § 9e wurde abgelehnt. Im Uebrigen wurden Anträge für bessere Stellung der Schiffer im Auslande für Zustellung von Bescheiden an solche Schiffer u. s. w. vorbereitet, aber vorläufig nicht gestellt. Der bezügliche Bericht gelangte vielmehr mit der zugehörigen Zusammenstellung unter dem Vorbehalt der durch die gestrigen Verhandlungen bedingten Zusätze zur einwandbreien Feststellung unter Berücksichtigung einiger von den Regierungsvertretern gewünschten Nachträge. Der Gesetzentwurf betreffend **Unfallfürsorge für Gefangene** wurde auf die Tagesordnung einer am nächsten Dienstag stattfindenden Kommissionssitzung gesetzt.

, Die **Reichstagskommission** zur Vorberathung des Gesetzes **über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten** trat gestern unter dem Vorsitz des Abg. Gamp zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die ersten 4 Paragraphen der Vorlage, welche die Anzeigepflicht regeln, wurden unverändert angenommen.

, **Zur Deckungsfrage des Flottengesetzes** hat der Abgeordnete Dr. v. Leverzow mit Unterstützung der konservativen Partei im Reichstage folgende **Resolution** eingebracht:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens Anfang der nächsten Session des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Besteuerung des Saccharins und ähnlicher Süßstoffe in einer der bestehenden Zuckersteuer und der Süßkraft der künstlichen Süßstoffe entsprechenden Höhe gesichert wird.

, Die nächste Plenarsitzung des **Herrenhauses** ist auf Mittwoch, 9. Mai, anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen Petitionen und kleinere Vorlagen.

Kleine Chronik.

* **Ueber einen Eisenbahnunfall** wird aus Großheringen amtlich gemeldet: Am 3. Mai Vormittags 10 Uhr 45 Minuten gerieth ein von Köthen in den Bahnhof Großheringen einfahrender Güterzug infolge vorschriftswidriger Handhabung der Sicherheitseinrichtungen auf ein Rampfgleis und entgleiste an dessen Ende. Dabei wurden der Lokomotivführer Naumann aus Weißenfels getödtet und drei weitere Zugbeamte leicht verletzt.

* **Feuer in einem Krankenhause.** Aus Budapest wird telegraphirt: Am 3. Mai Mittags entstand ein Feuer in der Klinik für Geburtshilfe, durch welches der linke Flügel des Gebäudes eingeäschert wurde. Von einer Uebung kommendes Militär leistete der Feuerwehr bei der Ueberführung der Wöchnerinnen und der Lokalisirung des Feuers gute Dienste. Es ist niemand verunglückt.

* **Ueber einen Giftmordversuch** wird uns aus Lauban geschrieben: Im nahen Lichtenau wurde am Mittwoch die Ehefrau des Schmiedemeisters Krause verhaftet. Sie hatte mit einem Bahnbeamten ein intimes Liebesverhältniß unterhalten und wollte ihren Ehemann vergiften. Diese Absicht hatte sie vor einigen Tagen ihrem Geliebten brieflich mitgetheilt.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom 3. Mai 1900.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr.

Der Ausschuß zur Vorberathung des Antrages Singer u. Gen. betr. den Erlaß einer Petition an den Landtag behufs Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auch für die **Gemeindewahlen** ist erwählt worden. Zum Vorsitzenden wurde Stadtv. Cassel, zum Stellvertreter Stadtv. Kalisch gewählt.

Nach Beschluß der Versammlung sollen die Sommerferien auch in diesem Jahre während der Monate Juli und August stattfinden.

Stadtv. Kluth berichtet über die Vorlage, betr. die Aufnahme dreier neuer Straßen 18B, 19A und 20A in Abtheilung XII des Bebauungsplanes. Der Ausschuß empfiehlt die Annahme der Vorlage unter Aufstellung einiger näherer Bedingungen.

Die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

Stadtv. Liebrom erstattet Bericht über die Vorlage, betreffend die Festsetzung der von der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Aktien-Gesellschaft für das Jahr 1897 zu zahlenden Entschädigung bezw. Abgabe für die Benutzung städtischer Straßen.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Entschädigung auf 15 984 M. festgesetzt wird.

Es folgt die Berichterstattung des Stadtv. Dr. Schwalbe über die Vorlage, betr. die

Ferien an den Berliner Gemeindeschulen im Jahre 1900.

Der Ausschuß empfiehlt folgende Anträge:

1. Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Zahl der Lehrer und Schüler feststellen zu lassen, welche in 1899 beurlaubt waren, und die Zahl, welche in diesem Jahre einen Urlaub beantragen, und wie viele Lehrer und Schüler länger als 4 Wochen vertreift waren; ebenso auch um Auskunft, wie sich diese Fragen bei den Schülern und Schülerinnen gestalten, deren Eltern zugleich Kinder auf höheren Schulen haben.

2. Die Versammlung ersucht den Magistrat, ihr von der beabsichtigten Ordnung der Ferien Kenntniß zu geben, damit die Wünsche der Versammlung in jener Beziehung zum Ausdruck gebracht werden können.

3. die Versammlung ersucht den Magistrat, die städtische Schuldeputation anzuweisen, Vorkehrungen zu treffen, durch welche es den Schülern — Knaben und Mädchen — der Gemeindeschulen ermöglicht wird, während der Sommerferien unter Führung und Aufsicht geeigneter Personen Erholung im Freien (Ausflüge in die Umgegend, Jugendspiele auf den Schulhöfen und in den städtischen Parks u. s. w.) zu gewähren.

Wegen der hierzu erforderlichen Mittel sieht die Versammlung einer Vorlage entgegen.

Stadtschulrath Dr. **Bertram** weist auf die Schwierigkeiten hin, welche der Durchführung des Antrages zu 1 entgegenstehen. Er bittet, die Feststellung nur für das laufende Jahr zu machen, da eine solche für das vorige Jahr zu große Schwierigkeiten bereiten würde. Auch in Betreff der übrigen Punkte erhebt Redner einige Bedenken, verspricht aber, daß die Schulverwaltung die Sache im Auge behalten werde.

Stadtv. Cassel hält die angeregten Bedenken nicht für stichhaltig und bittet, den Antrag des Ausschusses anzunehmen.

Stadtv. Singer ist mit der Anerkennung der Berechtigung der Ausschußanträge nicht zufrieden, ein Quentchen Annahme sei ihm lieber als ein Pfund Anerkennung der Berechtigung. Er sei mit dem Vorredner darin einig, daß die sich entgegenstellenden Hindernisse bei einigem guten Willen leicht zu bewältigen seien und daß auch die pekuniären Aufwendungen in Anbetracht der guten Sache nicht zu hoch sein würden. Auch die Frage, woher das Führerpersonal für die Kinder zu beschaffen sei, würde sich leicht lösen lassen, er sei überzeugt, daß sich freiwillige Kräfte genug anbieten würden.

Die Ausschußanträge werden hierauf angenommen.

Vor einiger Zeit ging durch mehrere Zeitungen die Nachricht, daß die „Privat-Bade-Gesellschaft 1896" in ihrem Vereinsorgan den Mitgliedern empfohlen habe, das

Baden in der städtischen Badeanstalt an der Schillingsbrücke auf vier Wochen einzustellen, da eine Anzahl der Badenden von einem Augenleiden befallen worden sei. Aus Anlaß dieser Mittheilung hatten Stadtv. Lüben und Gen. an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob die darin angegebenen Thatsachen auf Wahrheit beruhten und ob eventuell Schritte geschehen seien, dem Uebelstande abzuhelfen.

Stadtrath Wagner erklärt, obgleich er Dezernent der Anstalt sei, sei ihm von den ansteckenden Krankheiten, die in der Anstalt an der Schillingsbrücke vorgekommen sein sollen, nichts zu Ohren gekommen. Der Magistrat habe sofort die städtischen Bakteriologen Pfeiffe und Dr. Baginski mit der Untersuchung des Wassers beauftragt. Ein Bericht von den Chemikern stehe noch aus. — Die „Privat-Badegesellschaft 1896" habe sich auf eine Anfrage dahin geäußert, daß sie der Zeitungsnotiz völlig fernstehe. Von ihren Mitgliedern seien mehrere an den Augen erkrankt, während andere, die im Kaiser Wilhelmsbad gebadet hätten, nicht erkrankt seien. Man sei noch keineswegs darüber klar, ob diese Erkrankungen auf die Beschaffenheit des Wassers oder auf andere Ursachen zurück zu führen seien. Um dies feststellen zu können, sei die Einstellung des Badens auf vier Wochen angeordnet worden. Redner verliest noch eine von 256 täglich in der Anstalt badenden Herren unterschriebene Erklärung des Inhalts, daß keine Rede davon sein könne, daß das Wasser dort verseucht sei. Es seien sofort alle Maßregeln getroffen worden, um den Badenden jede denkbare Sicherheit vor einer Ansteckungsgefahr zu bieten. (Beifall.)

Stadtv. Lüben erklärt sich mit dieser Auskunft zufrieden und hofft, daß sie zur Beruhigung des Publikums dienen werde.

Vorst.-Stellvertreter Michelet spricht denselben Wunsch aus.

Der Gegenstand ist hiermit erledigt.

Mit der Vorlage betreffend die Verlängerung des Vertrages über Miethung von Bureauräumen im fiskalischen Theil des Hauses Molkenmarkt 1 erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Ebenso genehmigt die Versammlung die Annahme des Professor Dr. Straßmann'schen Geschenks.

Die Vorlage betr. die Aufnahme der Abwässer aus einem Gebietstheil des Gemeindebezirks Stralau in die Kanalisation von Berlin gelangt mit einem vom Stadtv. Wallach gestellten Zusatz zur Annahme.

Es folgt die Vorlage betreffend die

Verschönerung des Friedhofs der Märzgefallenen im Friedrichshain.

Magistrat beabsichtigt, um den Friedhofscharakter mehr zum Ausdruck zu bringen, eine zusammenhängende Anpflanzung immergrüner Gehölze auf dem Friedhofe, den Stacketenzaun verdeckend, herzustellen, ebenso eine niedrige immergrüne Hecke und vier Gruppen von Alpenrosen als Begrenzung der mittleren Partie mit der Linde von der an der inneren Wegestelle liegenden Gräberfläche. In Verbindung mit diesen immergrünen Anpflanzungen sollen ausdauernde blühende Gewächse zc. zur Anwendung kommen, um entlang des Weges Guirlanden zu bilden. Der Epheu auf den Gräbern soll sorgfältig vervollständigt und die Böschungen gegen den Weg durch schmale Granitschwellen befestigt werden. Der Weg selbst ist mit Unterbettung von Mauersteinstücken und einer Lage gerichtagener Feldsteine und Kies zu befestigen. Der Zugangsweg zum Friedhofe soll gärtnerisch verschönert werden.

Stadtv. Rosenow bittet um **Ablehnung** der Vorlage. An dieser Vorlage interessire weniger, was sie enthalte, als was sie nicht enthalte. Wie man nämlich aus den Zeitungen erfahren habe, habe die Parkdeputation etwas ganz anderes beschlossen. Die Parkdeputation habe ein schmiedeeisernes Thor errichten und eine Tafel aufstellen wollen mit den Namen sämmtlicher dort Begrabenen. Er halte es vom Magistrat nicht für gut gethan, die Beschlüsse der Parkdeputation zu negiren. Er halte die Errichtung einer Tafel für nothwendig, zumal dadurch der Fabel ein Ende gemacht würde, als hätte am 18. März nur hergelaufenes Gesindel gekämpft.

Stadtv. Zubeil beklagt ebenfalls, daß der Magistrat die einstimmig gefaßten Beschlüsse der Parkdeputation nicht angenommen habe. Wenn der Oberbürgermeister, als er mit dem Stadtbaurath Hoffmann die Zeichnungen für den Pariser Platz vorlegte, gleichzeitig die Beschlüsse und Pläne der Parkdeputation vorgelegt hätte, so würde selbst an dieser Stelle keine Einwendung erhoben worden sein. Jetzt sei es für dies Jahr unmöglich geworden, den Park in einen würdigen Zustand zu versetzen. Er beantrage die Ueberweisung an einen Ausschuß.

Oberbürgermeister Kirschner erwidert, daß der Magistrat ein dringendes Interesse daran habe, den Park so würdig wie möglich herzustellen. Es sei auch nicht richtig, daß der Magistrat es sei, der die Sache nicht zur Ruhe kommen lassen wolle, er glaube vielmehr, daß dieser Vorwurf einer ganz anderen Stelle zu machen sei. (Sehr wahr!). Die Parkdeputation habe nur einen Vorschlag gemacht, mit dem der Magistrat sich nicht einverstanden erklärt habe und hierzu habe der Magistrat als vorgesetzte Behörde das Recht. Der Magistrat habe die Ueberzeugung gehabt, daß das Projekt mit der Tafel der **Aufang eines neuen lange dauernden Konfliktes** sein würde. Er bedauere die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, aber man müsse doch mit dem geschaffenen Rechtszustand rechnen. Einer neuen Niederlage wolle er die Stadt nicht aussetzen. Die Verlegung des Eingangs- und die Errichtung des schmiedeeisernen Thores werde ohne Zweifel genehmigt werden, aber seiner Meinung nach solle man auf das „Weniger" verzichten, wenn das berechtigte „Mehr" abgelehnt worden sei. (Beifall.) Nur aus diesem Grunde habe sich der Magistrat gegen das schmiedeeiserne Thor erklärt.

Stadtv. Rosenow tritt dem Oberbürgermeister noch einmal scharf entgegen, ebenso Stadtv. Zubeil. Dieser meint, der Oberbürgermeister habe am Schlusse seinen Bürgerstolz betont, es würde gut sein, wenn er dies auch am Freitag vor Königsthronen zum Ausdruck bringen würde.

Oberbürgermeister Kirschner weist unter Heiterkeit der Versammlung darauf hin, daß, wenn ein neuer Rechtsstreit entstände, das Oberverwaltungsgericht sicher wieder aus den Protokollen über die Rede des Stadtv. Rosenow den Schluß ziehen würde, daß es ihm um eine „Ehrung" der Märzgefallenen zu thun gewesen sei. Wenn der Stadtverordnete Zubeil darauf hingewiesen habe, daß er seine Bürgertugenden auch am Freitag vor Königsthronen zeigen solle, so könne er ihm erwidern, daß er darum nicht in Sorge zu sein brauche. „Ich habe auch vor Königsthronen in meinen Bürgertugenden noch keine Einbuße erlitten. Wir leben, Gott sei Dank, nicht in einem absoluten Staate, sondern in einer konstitutionellen Monarchie, in welcher es möglich ist, daß man auch vor Königsthronen als freier Mann bestehen kann. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung wird die **Magistratsvorlage mit großer Mehrheit angenommen.**

Auf der Tagesordnung steht noch der Antrag des Stadtv. Singer und Gen., den Magistrat zu ersuchen, die städtischen Verwaltungs-Deputationen anzuweisen, bei Vergebung von Lieferungen und Arbeiten die sogenannte

Streiklausel

nicht in die Verträge aufzunehmen. Nachdem Stadtv. Wernau den Antrag begründet hat, erweist sich die Versammlung als beschlußunfähig.

Adresse an den Kronprinzen.

Infolge der Beschlußunfähigkeit wird die öffentliche Sitzung um 9 Uhr geschlossen. Mithin kann auch bei dem Widerspruch weiter Mitglieder eine geheime Sitzung nicht stattfinden. Es kann daher ein Beschluß über Absendung einer Adresse an den Kronprinzen nicht erfolgen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Vorsteher Dr. Langerhans die Adresse eigenmächtig unterschreiben und sich später Decharge ertheilen lassen.

Kommunales.

× **Der Oberhofmeister Freiherr v. Mirbach** hat schon wieder einmal im evangelisch-kirchlichen Hilfsverein sein Herz ausgeschüttet über die Berliner Stadtverordneten, die seinen Bestrebungen auf Vermehrung der Kirchen nicht freundlich genug entgegenkommen. Hoffentlich hat der Herr Oberhofmeister noch recht oft Veranlassung, darüber zu klagen!

× **Konfektion und Schneider-Innung.** In der gestrigen Plenarsitzung der Gewerbe-Deputation des Magistrats referirte Herr Magistratsassessor Alberti über die in der Streitsache zwischen der Schneiderinnung und der Konfektionsfirma Adam vom Oberpräsidenten getroffene Entscheidung, nach welcher die Konfektionshäuser in ihrer Mehrzahl der Innung angehören würden. Zugleich lag ein Bescheid des Oberpräsidenten zu die Hoflieferanten Mohr u. Speyer, Fabrik von Militär- und Civil-Uniformen zc., Jägerstraße 14, vor, welche zugleich namens anderer gleichartiger Geschäftshäuser eine Eingabe an den Oberpräsidenten gerichtet hatten. In dem Bescheid werden für die Zugehörigkeit der Konfektionsfirmen zur Zwangsinnung der Schneider dieselben Grundsätze aufgestellt, wie in der Entscheidung des Streitfalls Adam. Die Gewerbe-Deputation beschloß, das gesammte Material dem Aeltestenkollegium der Kaufmannschaft zustellen zu lassen, damit diese Körperschaft in die Lage gesetzt werde, in den anderen noch schwebenden Innungs-Streitsachen ein ausführlich begründetes Gutachten zu erstatten. Die Entscheidung des Oberpräsidenten in Sachen Innung wider Adam, sowie der Bescheid an die Firma Mohr u. Speyer sollen beigefügt werden.

× **Gegen die „Liebesgaben" für die Berliner Geistlichen** erklärt sich das Organ des Bundes der Landwirthe. Empfindsame Naturen müßten in den Liebesgaben Trinkgelder sehen. — Darnach scheinen die Agrarier die „Unempfindsamkeit" gegen Trinkgelder als agrarisches Liebesgaben-Monopol zu betrachten!

Lokales.

† **Dem Herrn Oberbürgermeister Kirschner** ist folgendes Telegramm zugegangen: Namens der **deutsch-fortschrittlichen Bürger Wiens** danken wir der Stadt Berlin für die beabsichtigte, von herzlicher Sympathie für unser Vaterland zeugende Begrüßung unseres dem deutschen Kaiser und Reiche verbündeten, deutschem Fürstengeschlechte entstammenden Kaisers Franz Josef, erblicken darin eine neue Bürgschaft für die Unternehmerkraft des Bündnisses der beiden durch deutschen Geist und deutsche Arbeit gegründeten Staaten und wünschen der unter aufgeklärter, fortschrittlicher Führung mächtig aufblühenden Schwesterstadt sowie ihrer durch Eintracht starken Bürgerschaft den herzlichsten Verlauf der kommenden Festtage. Für den Vollzugsausschuß der deutsch-fortschrittlichen Partei in Wien Dr. Ludwig Vogler, Constantin Roske, Dr. Alfred Mittler.

Darauf hat Herr Oberbürgermeister Kirschner folgende telegraphische Antwort abgesandt: Dem Vollzugsausschusse der deutsch-fortschrittlichen Partei danke ich für den freundlichen Gruß und den Ausdruck freundschaftlicher Gesinnung, welche unsere Bürgerschaft von Herzen theilt. Kirschner.

† **Der Plan der Berliner Studentenschaft,** dem Kronprinzen durch Vertreter eine Glückwunschadresse zu überreichen, mußte aufgegeben werden, da — wie von maßgebender Seite erklärt wurde — die Zeit des Kronprinzen „durch die stattfindenden Festlichkeiten vollauf besetzt" ist.

† **Der Kronprinz auf der Pferdebahn.** Vorgestern verließ der Kronprinz in Potsdam in der dritten Nachmittagsstunde unter Führung eines seiner Instruktionsoffiziere, eines Pionierhauptmanns, mit seinen Kameraden von der Kriegsschule das Stadtschloß, um einen Studienausflug nach Nikolskoe und Wannsee zu machen. Er benutzte dabei bis zur Glienicker Brücke die Pferdebahn; auf dem Vorderperron stehend, unterhielt er sich mit dem Kutscher längere Zeit über allerlei, z. B. über Herkunft und Arbeitszeit des Wagenpferdes.

In Berlin wäre dergleichen unmöglich. Hier ist es den Kutschern streng untersagt, sich mit den Fahrgästen zu unterhalten. Diese könnten sonst über Arbeitslöhne, Arbeitszeiten der Kutscher und Schaffner, freie Tage zc. Dinge erfahren, die die Direktion als Amtsgeheimniß behandelt sehen möchte. Warum, darüber darf man die Angestellten — nicht fragen.

† **Rechts gehen, — rechts ausweichen.** Der Polizei-Präsident nimmt nochmals Veranlassung, das Berliner Publikum zu bitten, zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei dem voraussichtlich

sehr bedeutenden Verkehr in den Festtagen die durch Säulenanschlag (von uns im Donnerstag-Morgenblatt) veröffentlichten polizeilichen Anordnungen willig zu beachten und namentlich stets rechts zu gehen und rechts auszuweichen.

† Das Alte und Neue Museum und die National-Galerie werden heute erst um 12 Uhr geöffnet. Am Sonntag werden die königlichen Museen wegen der Vorbereitungen zur Illumination anstatt um 6 Uhr bereits um 4 Uhr geschlossen.

† Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die Berliner Elektrizitäts-Werke haben für die heutige Illumination sich zum Gegenstand ihrer Festbeleuchtung das Denkmal Kaiser Wilhelms ausersehen. Durch eigenartige Anwendung verschiedener Arten elektrischen Lichtes soll die Architektur des Denkmals hervorgehoben werden. Mehr als 10 000 Glühlampen fassen die Linien des Gesimses, des Frieses und der Sockel, sowie der Pfeiler und Säulen ein. Unsichtbar aufgestellte Bogenlampen werden das Innere der Halle in rothem Licht erstrahlen lassen. Von dem Schlosse aus werden sechs Scheinwerfer ihr Licht auf das Reiterstandbild und die beiden Quadrigen werfen, während eine Anzahl kleinerer Scheinwerfer die Beleuchtung des figürlichen Schmucks der Halle bewirkt. Der elektrische Strom für diese umfangreiche Beleuchtungsanlage wird an drei verschiedenen Stellen durch 8 eisenbahnartigerte Bleikabel den Straßenleitungen entnommen. Der Verbrauch an elektrischer Energie beträgt 300 Kilowatt, was einer Kraftleistung von 400 Pferdestärken entspricht.

† Die Medaillen-Industrie hat sich natürlich den heutigen Tag nicht entgehen lassen, ohne ihn zu feiern. Zur Erinnerung an die Zusammenkunft der beiden Kaiser anläßlich der Großjährigkeitserklärung des Kronprinzen hat Benzenbach's Metallwarenfabrik in Wiesbaden Gedenkmünzen fabriziert, welche künstlerisch ausgeführt sind. Sie zeigen auf dem Avers die Portraits des Kronprinzen, der beiden Kaiser, mit der betreffenden Umschrift und „Berlin, Mai 1900". Auf dem Revers eine Inschrift des königl. Schlosses zu Berlin mit Unterschrift darunter: „Zusammenkunft der beiden Friedenskaiser zur Feier der Großjährigkeit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm." Diese Medaille ist in Fünfmarkstückgröße (39 mm) erschienen und wird nur in echtem Silber und echtem Golde geprägt. Für Sammler dürfte die Münze großes Interesse haben.

† In Gegenwart der Kaiserin und der Großherzogin von Baden fand gestern Vormittag die 34. Generalversammlung des Vaterländischen Frauenvereins statt.

† Die neue Landes-Lungenheilanstalt für Frauen, welche die Provinz Brandenburg in Kottbus errichtet, wird am 13. Juni eingeweiht werden.

† Für die Herrschaft die Wurst, für das Mädchen die Pelle! In der Frauenzeitung „Fürs Haus" findet sich am 20. April im Briefkasten („Fernsprecher") folgende Anfrage:

182. Wirthschafterin: „Kann mir eine der geehrten Leserinnen angeben, in welcher Weise Suppen von Wurstschalen zubereitet werden? Eine Dame der höheren Stände erzählte, daß sie solche Suppen für ihre Dienstboten bereite."

Jedenfalls eine Dame von Gemüth, diese Dame aus den „höheren Ständen", die ihren Dienstboten die Wurstschalen gönnt, nachdem sie das Innere ihrem eigenen „höheren Stände"-Magen gnädigst anvertraut hat. Wahrscheinlich verschmäht ihr Hund das Darmfutteral ohne Fleisch; da ist es für Dienstbotensuppen immer noch gut genug! Darf man sich unter solchen Umständen noch wundern, wenn manche Leute fortwährend über Dienstbotennoth jammern? Wo die Dienstboten anständig behandelt werden und sich anständig sattessen können, weiß man nichts von der „Dienstbotennoth".

† Die kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg hat bereits vor einigen Monaten bei der städtischen Verkehrsdeputation die Genehmigung zur Weiterführung ihrer Straßenbahn Hohen-Schönhausen—Berlin (Weberstraße) bis zur Kurzenstraße nachgesucht und hat jetzt dies Gesuch erweitert auf die Verlängerung ihrer Bahn von der Kurzestraße durch die Kaiser Alexander-, Gruner-, Neue Friedrichstraße bis zum Spittelmarkt.

† Die Möckernbrücke ist jetzt endlich freigelegt und der häßliche Bauzaun, der seit Jahr und Tag den Verkehr hemmte, beseitigt worden. Nunmehr tritt erst die Schönheit des Brückenbaues in seiner einfachen und ruhigen Architektur voll in die Erscheinung.

† In einer Droschke vergiftet hat sich gestern der Friseur Ignatz Huber, der vor zwei Tagen aus Tarnopol in Galizien hierher gekommen war. Huber hatte Schwefelsäure genommen, angeblich weil seine Braut die Verlobung rückgängig gemacht hatte.

† Durch einen Sturz mit der Leiter schwer verunglückt ist Donnerstag Vormittag ein Dachdecker Josef Hendke auf dem Grundstück des Postfuhrhofes in der Köpenickerstraße 132.

† Flußpiraten suchen jetzt die Havelufer zwischen Spandau und Wannsee heim. Zuletzt haben sie in Gatow und Pichelsdorf Bootshäuser von Ruderklubs vollständig ausgeraubt.

† Die Berliner Reptilienjäger haben ihren Gewerbebetrieb in den benachbarten Waldungen zum Frühjahr wieder aufgenommen. Sie besitzen im Fangen der Schlangen, die sie an naturwissenschaftliche Institute und private Liebhaber verkaufen, eine erstaunliche Gewandtheit. Sie wissen die gefährliche Kreuzotter stets lebend in ihre Gewalt zu bekommen und verbinden dabei sehr geschickt, daß das Thier von seinen Giftzähnen Gebrauch machen kann. An einem der letzten Tage hatte ein solcher Schlangenjäger im Spandauer Stadtwalde, wo die Beute immer eine beträchtliche ist, neben mancherlei anderem, für Aquarien geeignetem Gethier fünf große Kreuzottern gefangen.

† Wegen Kautionsschwindels, Betruges und Unterschlagung ist der „Generalagent" Theodor Neumann aus der Königsbergerstraße 21a verhaftet worden. Neumann hatte in der Königsbergerstraße, in der Stralitzerstraße und in Spandau Büreaus angemacht, um für Abzahlungsgeschäfte das Einzieben der Theilzahlungen von den Kunden zu besorgen. Unter diesem Deckmantel betrieb er einen Kautionsschwindel, der von einer besonders niedrigen Gesinnung zeugt. Durch Zeitungsanzeigen suchte er Unteragenten, die sich auch leicht fanden. Diesen Leuten nahm der „Generalagent" 200 Mark Kaution ab. Dafür ließ er sie eine Erklärung unterschreiben, daß sie bei der geringsten Veruntreuung der Kaution verlustig gingen. Da Neumann thatsächlich mehrere Geschäfte dafür gewann, durch ihn von der Kundschaft die fälligen Beträge einziehen zu lassen, so gingen seine Unteragenten mit um so größerem Eifer an die Arbeit, als sie sich zum Theil die Kaution erst hatten leihen müssen und darauf bedacht sein mußten, die Schuld sobald als möglich wieder abzutragen. Der Generalagent machte aber ihrer Thätigkeit bald jäh ein Ende. Er beschuldigte seine Leute einfach der Unterschlagung, entließ sie an der Stelle und zwielt die Kaution als vertragsmäßig verfallen zurück. Wenn die Entlassenen im Gefühl ihrer Unschuld sich sträubten, so drohte er ihnen mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft; obwohl er auch nicht das geringste nachzuweisen vermochte, so glaubte er doch mit dieser Einschüchterung durchzukommen. Darin verrechnete er sich indessen. Bald liefen mehrere Anzeigen gegen ihn ein, und als nun noch ein besonders schwerer Fall dazu kam, schritt die Kriminalpolizei gestern zur Verhaftung des Schwindlers. Einen alten Mann, der sich mühsam durchschlagen muß, hatte Neumann ebenso entlassen, wie mehrere andere. Der Gepreßte verklagte den Generalagenten auf Herausgabe der Kaution und bekam natürlich mit seiner Forderung Recht. Aber auch das half ihm nicht, denn die Vollstreckung fiel fruchtlos aus. Alles, was Neumann in seiner Wohnung in der Königsbergerstraße hat, ist auf Abzahlung gekauft und noch nicht bezahlt. An die paar Tische und Stühle in den Büreaus konnte der Exekutor auch nicht herankommen. Außer diesem Falle liegen noch viele vor. Die Kriminalpolizei läßt aber außerdem jetzt auch die Bücher des Generalagenten mit denen der Abzahlungsgeschäfte vergleichen, da der „Generalagent" wahrscheinlich auch hier zum Theil für seine Tasche gearbeitet hat.

† Eine überaus turbulente Szene auf der Anklagebank entwickelte sich gestern im Sitzungssaale der ersten Strafkammer am Landgericht II. Auf der Anklagebank befand sich eine Diebesbande, an ihrer Spitze der Handelsmann Wilhelm Liepe. Liepe war der Anführer der Bande und der Staatsanwalt beantragte gegen ihn sechs Jahre Zuchthaus. Kaum hatte der Anwaltsklage das Wort gehört, so verfiel er in Tobsucht. Er griff seine Mitangeklagten an, brüllte wie ein wildes Thier und schlug mit Händen und Füßen um sich. Die Gerichtsdiener, die unter den Zeugen befindlichen Kriminalbeamten und die bedrohten Mitangeklagten stürzten sich auf ihn, es bildete sich auf der Anklagebank ein wilder Knäuel, schließlich gelang es den Beamten, den Wütherich an den Händen zu fesseln. Bis nach Verkündigung des Urtheils mußte der Angeklagte gefesselt bleiben.

† Aus dem Polizeibericht. In der Gneisenaustraße wurde am Mittwoch der dreijährige Sohn des Gürtlers August Timm durch einen Geschäftswagen überfahren und so schwer verletzt, daß er bereits auf dem Wege zum Krankenhause starb. — Auf dem Neubau Seestraße 65 stürzten am Nachmittage die Klempner Paul Graupe und Julius Buchmüller mit einem nach dem Hofe zu angebrachten Schutzgerüste in die Tiefe und zogen sich sehr schwere Verletzungen zu. Beide wurden nach dem Krankenhause des Paul Gerhardtstifts gebracht. Graupe bald darauf starb. Zwei andere Arbeiter hatten sich noch rechtzeitig durch einen Sprung auf das Dach gerettet. — Am Lohmühlengrundstück wurde gegen Abend die bereits stark verweste Leiche eines unbekannten, etwa 30 Jahre alten Mannes aus dem Landwehrkanal gezogen. — In der Skalitzerstraße gerieth Abends der sechsjährige Sohn des Trödlers Ascher Stern beim Spielen mit der Hand zwischen die Räder eines Heberwerks und wurde schwer verletzt. — Im Friedrichshain schnitt der Arbeiter Wilhelm 2. sich mit einem Rasirmesser die Pulsader der linken Hand durch. Er wurde ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Sport.

Rennen zu Berlin-Karlshorst. Donnerstag, 3. Mai.

1. Ermunterungs-Hürden-Rennen. Preis 1500 M. Distanz 3200 Meter. Herrn S. v. Tepper-Laski's Athos (Reiter: Wischel) 1. Herrn E. Leibbrand's Pique-König 2. Herrn G. Krieg's Schirfer 3. Tot.: 20:10. Platz: 28, 42 und 40:20. Ferner liefen: Richard Grainger, Vogelfänger, Anglomane, Palace of Truft und King Spider.

2. Preis von Fürstenbrunn. 2000 M. Jagd-Rennen. Herren-Reiten. Distanz 3200 Meter. Lt. v. Lewinski's Flieder (Reiter: Saint Paul) 1. Frhrn. G. v. Maltzahn's Grillenfänger 2. Tot.: 15:10.

3. Berliner Hürden-Rennen. Preis 4000 M. Handicap. Distanz 3500 Meter. Major v. Oettler's Orleans (Reiter Jeffull) 1. Herrn R. v. Tepper-Laski's Chäferin 2. Hauptmann Jenisch's Maidenhair II. 3. Tot.: 50:10. Platz: 30, 34 und 34:20. Ferner liefen: Pollio, Seiton, Sunset, Collinsia, Schuerhütten, Du Trial, Querkopf und Mumm.

4. Wellande-Jagd-Rennen. Preis 3000 M. Herren-Reiten. Distanz 4000 Meter. Herrn O. Brekow's Rothe Tante (Reiter: Leutn. v. Lettow) 1. Leutn. v. Winterheim's Rugany 2. Tot.: 14:10.

5. Küstriner Jagd-Rennen. Preis 1500 M. Herrenreiten. Distanz 4000 Meter. Herrn K. v. Tepper-Laski's Nil (Reiter: Lt. Gr. Eulenburg) 1. Lt. v. Schmidt-Pauli's Nero 2. Herrn K. v. Tepper-Laski's Bastard 3. Tot. 15:10. Platz 38 und 33:20. Ferner liefen: Aal, Carambol und Orbil.

6. Preis von Döberitz. 1500 M. Handicap. Distanz 4000 Meter. Generalmajor Graf Schlippenbach's Robert (Reiter: Bastian) 1. Herrn G. Krieg's Rotunda 2. Herrn R. Böhm's Fore and Aft 3. Tot. 43:10. Platz 50 und 56:20. Ferner liefen: Rotar, Erefter und Fantask.

7. Drei Kilometer. Preis 1500 Mark. Herren-Flachrennen. Handicap. Distanz 3000 Meter. Leutnant Thieme's Rheinstein (Reiter: Lt. Gr. Bredow) 1. Kapt. Green's Oberstleger 2. Graf A. Potocki's Madame Paquin 3. Tot.: 33:10. Platz: 30, 30 und 76:20. Ferner liefen: Carlyle, Cruisseen, Brown Honkie, Edelfräulein und Grillade.

Theater, Konzerte etc.

Frau Gisela Schneider-Rissen vom Deutschen Theater wird im Berliner Theater als Biermamsell Pauline in „Berlin bei Nacht" gastiren.

Im Karl Weiß-Theater findet heute die 50. Aufführung des „Minenkönig von Transvaal" statt.

Im Friedrich Wilhelmstädtischen-Theater erlebt die Posse „Meyer auf der Pariser Weltausstellung" heute die 20. Aufführung.

Hofballmusikdirektor Eduard Strauß beginnt heute Abend 8 Uhr im großen Saale der Aktienbrauerei Friedrichshain mit seiner vollständigen Kapelle aus Wien den bereits mehrfach angekündigten Zyklus von Konzerten.

In der Ringkampf-Konkurrenz um die Weltmeisterschaft, die gegenwärtig im Wintergarten so großes Interesse erregt, findet heute der unentschieden gebliebene Gang zwischen den französischen Meisterringern Pons und Beaucairois seinen endgiltigen Abschluß. Damit den Kämpfern Gelegenheit gegeben ist, die Entscheidung sicher herbeizuführen, ist der Beginn des Ringens heute ausnahmsweise für 8½ Uhr festgesetzt.

Einen vorzüglichen Griff hat die Direktion des Castan'schen Panoptikums mit den neu engagirten Kräften, den urfidelen „Bückeburgern" und dem Magier Roberts gethan. Die Musik schreibt in dem kleinen ländlichen Bückeburg durchaus auf der Höhe der Zeit zu stehen, denn dieses neue „Bückeburger Ensemble" bietet in musikalischer Beziehung ganz Hervorragendes.

Industrie, Handel, Börse.

3proz. Sächsische Rente. Im Inseratentheile dieser Nummer wird die Einladung zur Subskription auf 51 500 000 M. 3proz. sächsische Rente von 1899 veröffentlicht, die am 7. d. M. in Berlin bei der Dresdner Bank, der Direktion der Diskontogesellschaft, den Bankhäusern S. Bleichröder und Born & Busse, sowie bei der Kommerz- und Diskontobank, der Nationalbank für Deutschland und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein, ausserdem an einer grossen Anzahl anderer deutscher Plätze zum Kurse von 89¾ pCt. stattfindet. Die zur Subskription gelangenden Schuldverschreibungen bilden einen Theilbetrag der Anleihe von nominal 187 Millionen Mark, zu deren Ausgabe die Sächsische Staatsregierung durch die Gesetze vom 15. Mai 1896 und 10. Juni 1899 zur Deckung ausserordentlicher Staatsbedürfnisse ermächtigt worden ist. Die Zuteilung erfolgt nach freiem Ermessen der Zeichnungsstellen. Die Abnahme der zugetheilten Beträge hat mit einem Drittel am 11. d. Mts., mit einem weiteren Drittel bis zum 11. Juni und mit dem restlichen Drittel bis zum 11. Juli zu erfolgen. Beträge bis inklusive 10 000 M. sind bis zum 11. d. M. ungetheilt abzugeben. Die Einlösung der am 31. März und 30. September fälligen Zinskupons der Anleihe erfolgt an den bekannten Zahlstellen in Dresden, Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M. und Hamburg. Das sächsische Finanzministerium hat dem Uebernahmekonsortium, dessen Zusammensetzung wir bereits mitgetheilt haben, die Zusicherung gegeben, bis zum 31. Dezember d. J. weitere 3 pCt. Rentenbeträge ohne die Zustimmung des Konsortiums nicht an den Markt zu bringen. Wegen weiterer Einzelheiten verweisen wir auf das Inserat.

Dresdner Bankverein. Von der am 24. März stattgehabten Generalversammlung wurde beschlossen, das Aktienkapital um sechs Millionen Mark auf 18 Millionen Mark zu erhöhen, wovon 3 Millionen Mark pro 1900 vollen und 3 Millionen Mark halben Dividendenanspruch haben. Das Uebernahmekonsortium bietet nunmehr den alten Aktionären 3 Millionen Mark neue Aktien derart zum Bezuge an, dass auf je 4000 Mark alte Aktien eine neue Akte à 1000 M. mit halbem Dividendenanspruch pro 1900 zum Kurse von 112¾ Prozent entfällt. Das Bezugsrecht ist in der Zeit vom 3. bis 17. ds. Mts. in Berlin bei der Deutschen Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co. auszuüben. Bei der Anmeldung ist der volle Bezugspreis von 112¾ pCt. abzüglich 4 pCt. Zinsen bis zum 30. Juni d. J. zu zahlen. Ferner legt das Uebernahmekonsortium 1 Million Mark neue Aktien mit vollem Dividendenanspruch pro 1900 zum Kurse von 117 pCt. bis zum 17. d. M. an denselben Stellen, an denen die Ausübung des B zugrecht erfolgt, zur Zeichnung auf.

Berliner Spediteur-Verein Aktiengesellschaft. In der Generalversammlung betonte der Vorsitzende, dass es der Gesellschaft im Gegensatz zur Konkurrenz gelungen ist, durch den Omnibusbetrieb die ungünstigen Zeiten im Speditionsgewerbe zu überwinden, ohne ihn Erträgnis zurückzugehen. Auf Anfragen über das neue Geschäftsjahr und auf eine Anregung bezüglich Aufnahme des lokalen Verkehrs ähnlich, wie die Packetfahrt, antwortete die Verwaltung, dass sie sich mit der letzteren Frage bereits mehrfach beschäftigt hat und dieselbe weiter im Auge behält. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr lassen bisher mindestens dasselbe Erträgniss erhoffen, um so mehr, als die erhöhten Gebühren nunmehr in Wirkung getreten sind. Die Versammlung genehmigte hiernach den Geschäftsabschluss pro 1899, erteilte der Verwaltung Entlastung und setzte die Dividende auf die Vorzugsaktien mit 8 pCt., auf die Stammaktien mit 9 pCt. fest. Das ausscheidende Aufsichtsrathsmitglied, Rechtsanwalt Dr. Schachian, wurde wiedergewählt.

Eisenhüttenwerk Marie bei Kotzenau. Der Aufsichtsrath schlägt für 1899 7 pCt. Dividende vor.

Aktienbrauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vormals Patzenhofer. Der dem Aufsichtsrathe vorgelegte Semestralabschluss der Patzenhofer Brauerei, in die bekanntlich vor wenigen Monaten die Moabiter Brauerei aufgegangen ist, weist recht befriedigende Ergebnisse auf. Der Bierabsatz hat mit 174 000 Hektoliter gegen 163 800 Hektoliter des Vorjahres ein Plus von mehr als 10 000 Hektoliter ergeben, mit dem der erzielte Mehrgewinn im entsprechenden Verhältniss steht. Die Verwaltung glaubt, bei nur einigermaassen gutem Sommerwetter auf ein günstiges Jahresresultat rechnen zu dürfen.

Neues Hansaviertel, Terrain-Aktien-Gesellschaft in Berlin. Nach dem Geschäftsbericht für 1899 wurden die im Vorjahr begonnenen Strassenregulirungen durchgeführt und die fertiggestellten Strassen zur amtlichen Abnahme gebracht. Mit dem Bau der Paulbrücke im Zuge der Strasse Siegmundshof wurde erst Ende Februar 1900 begonnen. Trotz dieser Verzögerung wurden Ende 1899 2461 Quadratmeter mit einem Reingewinn von 86 500 M. verkauft. Die Nachfrage nach den Baustellen der Gesellschaft ist seitdem wieder rege geworden, die Verwaltung hofft deshalb auf recht günstige Realisirungen. Auf die Effekten musste ein Kursverlust von 9500 M. abgeschrieben werden. Der Reingewinn beträgt 52 907 M. Hiervon sollen 2620 M. dem Reservefonds zugewiesen und 49 709 M. vorgetragen werden.

Betriebsausweise. Neue Berliner Omnibus Akt.-Ges. April 165 742 M. (— 12 052 M.). — Breslauer elektrische Strassenbahn. April 92 254 M. (+ 2945), seit 1. Januar + 6063 M. — Breslauer Pferdebahn. April 157 223 M. (+ 19 817), seit 1. Januar + 47 591 M. — Hamburger Strassenbahn. April 806 696 M. (+ 73 596), seit 1. Januar + 284 355 M.

München, 1. Mai. Gewinnziehung der 4prozentigen bayerischen Prämienanleihe von 1866: 300 000 M. No. 83 080. 58 000 M. No. 101 065. 18 000 M. No. 116 130. 4800 M. No. 7478. 2400 M. No. 22 668, 91 079, 13 974, 157 422.

Ansbach-Gunzenhausener 7 Fl.-Loose. Die nächste Ziehung findet am 15. Mai cr. statt. Gegen den Kursverlust von ca. 24 M. pro Stück bei der Ausloosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Ber in, Französischestrasse 14, die Versicherung für eine Prämie von 1,80 M. pro Stück.

Ungarische 100 Fl.-Loose von 1870. Die nächste Ziehung findet am 15. Mai cr. statt. Gegen den Kursverlust von ca. 25 M. pro Stück bei der Ausloosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französischestr. 14, die Versicherung für eine Prämie von 90 Pf. pro Stück.

Zwangsversteigerungen.

Resultate. Beim Amtsgericht I Berlin stand das Grundstück Stargarderstrasse 25 belegen, der Frau Anna Wärk gehörig, zur Versteigerung. Fläche 5,95 Ar. Nutzungswerth 6700 Mark. Ersteher wurde Kaufmann Fritz Krüger zu Charlottenburg, Helmholtzstr. 6 3, für das Meistgebot von 120 000 Mark. — Eingestellt wurde das Verfahren betreffend die Zwangsversteigerung des F. Meyer'schen Grundstücks, Landsbergerstrasse 59 und Georgenkirchplatz 1/2 belegen.

Beim Amtsgericht II Berlin standen die nachbezeichneten Grundstücke zur Versteigerung: Zu Dalldorf belegen, dem Schlossermeister Kalkofen und Frau gehörig. Fläche 24,94 Ar. Nutzungsw. 496 Mk. Ersteher wurde Tischlermeister J. Krause in Bischofswerda i. S für das Meistgebot von 18 900 M. — Der Cohn'sche Anthell des Grundstückes zu Zehlendorf belegen. Fläche 15 Ar. Für das Meistgebot von 350 M. wurde Kfm. Felix Rosenthal zu Berlin, Ersteher. — Aufgehoben wurde das Verfahren betreffend die Zwangsversteigerung des E. Zschunke'schen Grundstücks Friedrichstr. 65 zu Lichtenberg belegen. — Eingestellt wurde das Verfahren betreffend die Zwangsversteigerung des Schmidt'schen Grundstücks, Wilhelmstrasse 70 Lichtenberg, belegen.

Konkurse.

Auswärts: Kaufm. Karl Mertens in Tegel. — Firma Katz & Levy in Bochum. — Kaufm. Abraham Levy in Bochum. — Kaufm. Richard Rothenburg in Hamburg. — Kaufm. Oskar Spaniel in Kosel. — Kaufm. Josef Jörg in München. — Fabrikant Albert Schulz in München.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 3. Mai. Der Kaiser hat an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Brasilien folgendes Telegramm gerichtet:

„Am heutigen, dem Gedächtnisse der Entdeckung Brasiliens geweihten Festtage, überlende ich Euer Excellenz den Ausdruck meiner aufrichtigen Sympathien und meiner herzlichen Wünsche für das Glück und das Gedeihen der befreundeten Nation. die Sie so würdig repräsentiren.

Wilhelm I. R."

Frankfurt a. M., 3. Mai. Eine heute Abend stattgehabte, vom Verein zur Wahrung der Interessen der Frankfurter Börse einberufene äußerst zahlreich besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution gegen die vorgeschlagene Erhöhung der Börsensteuer an. Der Vorstand des Vereins wurde aufgefordert, zur Bekämpfung derselben alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen und namentlich Delegirte nach Berlin zu entsenden, um im Verein mit den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft und den Organen der anderen Börsen weitere Schritte zu unternehmen.

Wien, 3. Mai. Der Kaiser ist heute Abend 6 Uhr 40 Min mittels Sonderzuges der Nordbahn nach Berlin abgereist.

Paris, 3. Mai. Der Chemiker Grimaux, Mitglied des „Institut de France", ist gestorben.

In Tourcoing sind infolge der durch den neueingeführten Effektivdienstag verursachten Lohnstreigkeiten 2600 Spinner ausständig. Auch an anderen Fabrikzentren des Nordepartements nimmt die Ausstandsbewegung zu.

Rotterdam, 3. Mai. Der Burenmission wurde auch bei ihrer Ankunft in Rotterdam ein warmer Empfang bereitet. Am Nachmittag fuhr die Mission, nachdem einige Empfänge stattgefunden hatten, im offenen Wagen nach dem Hafen, wo sie sich an Bord des Dampfers „Maasdam" zur Fahrt nach Amerika einschiffte.

Newyork, 3 Mai. Nachstehende Depesche aus Lima ist heute hier eingegangen: Telegramme aus La Paz berichten, der chilenische Gesandte in Bolivia habe der Regierung eine Art Ultimatum unterbreitet, wonach Chile eine Regelung der zwischen beiden Staaten schwebenden Fragen verlangt, ohne daß es einen Hafen an der Küste des Stillen Ozeans an Bolivien abtritt.

Washington, 3. Mai. Der Botschafter White in Berlin ist beauftragt, dem deutschen Kaiser die Glückwünsche des Präsidenten Mac Kinley zur Feier der Volljährigkeit des deutschen Kronprinzen auszudrücken.

Frankfurt a. M., 3. Mai. Oestr. Kreditaktien 227,00, Franzosen 136,80, Lombarden 27,10, Ungar. Goldrente 97.60, Gotthardbahn 141,70, Diskonto-Kommandit 185,60, Dresdner Bank 156,10, Berliner Handelsgesellschaft 159,70, Bochumer Gusstahl 258,60, Dortm. Union —.—, Harpener 231,20, Hibernia 242,50, Laurahütte 206,00.

Wien, 3. Mai. Nachmittags. (Schluss-Course.) Ungarische Kreditaktien 736,00 Oestr. Kreditaktien 730,75, Franzosen 643,50 Lombarden 114,00. Galizier —.—. Nordwestbahn 467,00. Elbethalbahn 483,00, Oestr. Papierrente 98,95 do. Goldrente 117,50. 5proz. ungar. Papierrente —.—. 4proz. ungar. Goldrente 117,00. Marknoten 118,42. Napoleons 19,27. Bankverein 521,00. Tabakaktien 304,50. Unionbank 595,00, Länderbank 453,00. Alpine Montan 536,00

Paris. 3. Mai, Nachm. (Schluss-Course.) 3proz. Rente 101,02 3proz. Anleihe —.— Italiener 95,20 Franzosen —.—. Lombarden —.—. Türken 23,02. Suezkanal-Aktien 3475. Ottomanbank 577,00.

London. 3. Mai. (Schlusskurse.) Engl. 2¾ proz. Konsols 100⅜. Preuss. 3½ proz. Konsols, unkündb. bis 1905 —.— Aegyptische 4proz. unfiz. Anleihe 103, Italienische 5proz. Rente 94⅝, Mexikan. 5proz. konsol. Anleihe von 1898 99⅞. Russ. 4proz. konv. Anleihe II. Serie 100, 1proz. konvertirte Türken Lit. D 22⅝, Ungar. 4proz. Goldrente 97⅜, Ottomanbankaktien 13⅛, Kanada Pacific-Aktien 95½, North Pacific 77¼, Silber 27⅞, Neue Chinesen 82, Northern Common Shares 58⅞, Chicago-Milwaukee 122½, Louisville Nashville 83, Union Pacific 56⅞, 4proz. Argentinische Goldanleihe 92⅞, Spanier 71¼.

Amsterdam. 3. Mai. Bancazinn 83⅝.

London. 3. Mai. Chile-Kupfer 75⅞, per 3 Monat 75⅞.

Hierzu Beiblatt.